Genf: Aufruf, den Schleier über die Fälle des Verschwindenlassens in den Lagern Tinduf lüften zu dürfen

Genf–Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben am Freitag in Genf dazu aufgerufen, den Ausnahmezustand in den Lagern Tinduf aufheben zu haben, den sequestrierten Bevölkerungsgruppen das Recht einzuräumen, friedlich zu demonstrieren und Fälle des Verschwindenlassens aufklären zu haben.

Die Genfer Erklärung, die der Arbeit eines von der Internationalen Beobachtungsstelle für Frieden und für Menschenrechte organisierten Gremiums (IOPDHR) zur Menschenrechtssituation in den Lagern Tinduf unter die Arme griff, forderte ein, allen Formen der Unterdrückung der Aktivisten, die nicht die Thesen der Front Polisario teilen, ein Ende bereiten zu haben, während sie ihre tiefe Besorgnis über die zunehmenden Übergriffe gegen die Bevölkerung der Lager Tinduf seitens der Front Polisario und der algerischen Strafverfolgungsbehörden zur Sprache bringt.

Die Beteiligten an dieser Konferenz, die am Rande der Arbeiten der 52. Tagung des Menschenrechtsrates (HRC) zustande kam, prangerten die „negative Haltung des Gastlandes Algerien angesichts schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen an, die die Bevölkerung erleidet“, die internationale Gemeinschaft dazu aufrufend, sich dafür einzusetzen, dass sie den notwendigen Schutz genießen dürfen, indem sichergestellt wird, dass die Lager Tinduf im Einklang mit internationalen Standards verwaltet werden, und indem ein rechtlicher Rahmen zustande gebracht wird, der die Umsetzung der internationalen Vereinbarung über die Rechtsstellung von Flüchtlingen garantiert.

Das Dokument forderte Algerien dazu auf, Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsvereinigungen Zugang zu den Lagern Tinduf gewähren zu haben, um mit der Bevölkerung zu interagieren und sie zu identifizieren, um ihnen die erforderliche Hilfe zukommen lassen zu dürfen.

Das Recht muss in allen Regionen des Gastlandes den Sieg davon tragen, auch in den Lagern Tinduf im Südwesten Algeriens, um der Bevölkerung den Schutz zu gewähren, der den Rechtsregeln und den internationalen Verpflichtungen Algiers entspringt, unterstrichen die Aktivisten.

Die Konferenz empfahl überdies, Ermittlungen in allen Fällen des Verschwindenlassens und der Folter in die Wege zu leiten, die in den letzten fünf Jahrzehnten aufgetreten sind, und die Verantwortlichen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen der Gerichtsbarkeit überführen zu haben.

Darüber hinaus forderte die Erklärung die Verbesserung der Grundversorgung und die Einbindung der Lager Tinduf in die Entwicklungsprogramme des Gastlandes sowie verstärkte Bemühungen ein, um der Rekrutierung der Kinder und Gewalt gegen Frauen in den Lagern Tinduf ein Ende bereiten zu dürfen.

Der Konferenz, die der Präsentation eines Berichts über die Menschenrechtssituation in den Lagern Tinduf während der drei Jahre nach der Pandemie geweiht war, wohnten die Präsidentin der IOPDHR, Aicha Douihi, die Präsidentin des Internationalen Zentrums für Diplomatie, Karima Ghanem, und der Präsident des Vereins Konvergenz für den Dialog der Kulturen, Zouhair El Youbi, bei.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com